

pen, die einen „richtigen“ Hund nicht mehr halten können, ein Substitut darstellen könnten, z. B. für alte und kranke Menschen. Diese Frage löst verständlicherweise ethische Debatten aus, die vom Autor auch diskutiert und kommentiert werden. Entscheidend aber ist an diesen Beispielen, dass sie bereits mehr als einen Möglichkeitsraum aufzeigen. Eine Zunahme solcher und ähnlicher Entwicklungen fügt sich als weiterer Mosaikstein in ein Bild einer mehr und mehr mediatisierten Gesellschaft ein. Darum geht es Friedrich Krotz, wenn er an zahlreichen Fallstudien die Verschmelzung von Alltag und Medienrealität verdeutlicht.

Für diesen umfassenden Wandlungsprozess einen geeigneten theoretischen und methodischen Zugang zu benennen, ist eine große Herausforderung. Während die Fallstudien ohne Zweifel eine Nähe zu dieser Thematik vermitteln, sind die sozialwissenschaftlichen Grundlagentheorien (z. B der Symbolische Interaktionismus, die Cultural Studies und der „menschenkundliche“ integrative Ansatz von Norbert Elias [diese Formulierung wählt der Verfasser auf S. 18]) davon etwas entrückt. An der Verknüpfung der Mikro-(Fallstudien) und der Makroebene (Was bedeuten diese Entwicklungen für das gesellschaftliche Zusammenleben?) gilt es also noch intensiv zu arbeiten. Dem „unterschätzten Medium“ Computerspiele (S. 161) soll nach Krotz dabei wohl vermehrt Aufmerksamkeit zukommen.

Insgesamt wird also ein breites Forschungsprogramm skizziert, dessen Grenzen angesichts der sehr grundlegenden Bedeutung des Metaprozesses „Medialisierung“ schwer zu ziehen sind. Hier ist noch eine Menge Ordnung in die Vielfalt zu bringen. Es ist eben ein Unterschied, ob man über die praktischen Konsequenzen des Mobiltelefons oder von Medienangeboten im öffentlichen Raum spricht, oder sehr grundsätzlich feststellt: „Identität, die Struktur des Menschen, seine Beziehung, seine alltäglichen Erfahrungen beruhen immer in erster Linie auf seiner Kommunikation und seinem Erleben dieser Kommunikation. Das geschieht auf der Ebene von Inhalten, aber vorgängig schon auf der Ebene der Kommunikationsstrukturen, in denen Menschen leben.“ (S. 210) Friedrich Krotz arbeitet an den Pfeilern, die zwischen diesen beiden Beschreibungsmodi eine Brücke tragen können.

Michael Jäckel

Otfried Jarren / Patrick Donges (Hrsg.)
Ordnung durch Medienpolitik?
Konstanz: UVK, 2007. – 411 S.
ISBN: 3-896-69585-1

Eigentlich handelt es sich hier um die Erträge eines Kolloquiums, das anlässlich des 75. Geburtstages von Ulrich Säker, langjähriger Ordinarius in Zürich, zu demselben Thema abgehalten wurde. Auch wenn ihm der Band gewidmet ist, ist er doch keine Denkschrift, und das ist auch gut so. Denn hier greift der Gefeierte kräftig in die Diskussion ein, gibt Fragestellungen vor und setzt sich mit vielen der Beiträge differenziert auseinander. Die Herausgeber sorgten zugleich für eine erkennbare Homogenität der Darstellungen, die dem Band einen weitaus größeren inneren Zusammenhang gibt, als es in den Mischangeboten üblicher Denkschriften der Fall ist. Er kann durchaus als repräsentativer Überblick zu ordnungspolitischen Ansätzen in der Medienpolitik-Forschung dienen.

Die Herausgeber stellen die Aufsatzsammlung unter das Postulat, „Politik soll soziale Ordnungen ermöglichen“, ebenso gilt, dass „Medien eine öffentliche Aufgabe wahrzunehmen haben“. Als gemeinsame Leitfrage wurde den Autoren vorgegeben, ob „’Ordnung durch Medienpolitik‘ in wissenschaftlich-theoretischer Perspektive wie aber auch politisch-praktischer Perspektive je ein verfolgter Ansatz war“. (S. 9) Die Referenzländer liegen dabei im deutschsprachigen Raum Schweiz, Österreich und Deutschland, zu denen jeweils eine Analyse der nationalstaatlichen Ebene vorgelegt wird (Bonfadelli/Meier; Langenbucher; Vowwe). Allerdings findet sich nur eine explizit komparative Studie, sie fragt nach den medienpolitischen Leitbildern in den drei kulturell verwandten, historisch aber teilweise sehr divergenten Staaten (Künzler/Schade).

Nationale Medienordnungen außerhalb des deutschsprachigen Raums spielen keine Rolle in dem Sammelband, allerdings beschäftigen sich Artikel mit der internationalen Ebene, wobei die Medienordnung der Europäischen Gemeinschaft thematisiert wird (Dörr), sowie der Einfluss der Weltorganisationen UNESCO und WTO auf nationale Medienregulierung (Puppis). Im weitaus umfangreichsten, dritten Teil steht die Perspektive der Wissenschaft im Mittelpunkt, genauer genommen geht es

um auf Medienpolitik anwendbare Paradigmen, entwickelt in verschiedenen Disziplinen: Marktsteuerung (Heinrich), Institutionenökonomie (Lobigs), Co-Regulierung (Schulz), Regelungsgrenzen (Urs Sacher), Governance (Trappel), Institutionalisierung (Donges), Verantwortungskultur (Jarren), Nutzer als Akteure (Hasebrink). In einem weiteren Abschnitt wird die Perspektive von Regulierungsbehörden in Deutschland (Schneider), in Österreich (Grinschgl) und der Schweiz (Dumeruth) eingebracht. Eingerahmmt wird die Darstellung von einer Einführung zu Medienpolitik in Theorie und Praxis (Sacher) und einer abschließenden (Zwischen-)Bilanz zu demselben Thema (Jarren/Donges).

Die Gesamtlinie gibt der immer noch agile Ulrich Sacher vor, wenn er fordert: „Normativität, der Bezug auf Werte, Ziele und Normen ist für praktische und wissenschaftliche Medienpolitik konstitutiv.“ (17) Präziser: „Bei der demokratischen Medienpolitik geht es prioritätär um Sicherung einer entsprechenden politischen Öffentlichkeit, um freie Bildung und Artikulation des politischen Willens des Volkes als Souverän also, vor dem die Regierenden sich zu rechtfertigen haben.“ (18) Sacher betont, dass es in den letzten Jahren zum Normen- und Theoriewandel gekommen sei, insbesondere sieht er den Paradigmawandel von Government zu Governance, wie er auch von Wissenschaftlern seiner Universität Zürich gefordert wird (Donges, Jarren, Trappel). An anderer Stelle geht es Sacher um die immer neue Justierung des Verhältnisses von Theorie und Praxis, wobei er rege Interaktion zwischen Wissenschaft und politischem System konstatiert; er erwähnt Berichte der Bundesregierung zur Lage der Medien in Deutschland oder Arbeiten der Landesmedienanstalten. Freilich sei bisher nirgends die Funktionalität medienpolitischer Theorie und Praxis systematisch evaluiert worden.

Die Berichte in der Aufsatzsammlung stimmen eher nachdenklich, was die Effektivität kommunikationswissenschaftlicher Beratung anbetrifft. Vowe reduziert das Profil der deutschen Medienpolitik auf 25 Grundentscheidungen und stellt das Ergebnis, was die Rolle der Wissenschaft bei ihrem Zustandekommen anbetrifft, unter die Formel: „Demut statt Hybris“. (80) Und Langenbuchers Analyse österreichischer Medienpolitik – die sich durch besondere Intensität und besondere Ergebnislosigkeit auszeichnet – kulminierte in dem resi-

gnierenden Ergebnis, dass Kritik genug geäußert worden sei. „Diejenigen, die das ändern könnten, sind mit diesen monopolartigen Zuständen aber ganz offensichtlich zufrieden...“. Und: „Medienvielfalt mag gut sein für die Demokratie, für die politische Klasse ist das Ge genteil überschaubarer, handlicher.“ (69) In ihrer Schlussbilanz kommen dann auch die Herausgeber Jarren und Donges zu dem Ergebnis: „Es fällt auf, wie wenig gesellschaftliche und wissenschaftliche Ansprüche und die ordnungsbildende und gestaltende Kraft von (Medien-)Politik mit der empirisch beobachtbaren Realität in Übereinstimmung gebracht werden können.“ (399f.) Der Vorschlag der Herausgeber ist, es nun mit der Governance-Perspektive zu versuchen, medienpolitische Vorgänge nicht allein als staatliche Ordnungspolitik zu verstehen, sondern als „Aushandlungsprozesse zwischen Akteuren in einem institutionell geprägten Rahmen, wenngleich unter staatlicher bzw. politischer Mitwirkung und/oder Moderation“ (406).

Der nachdenkliche Beobachter fragt sich allerdings, was so neu ist an dieser Governance-gewendeten Ordnungspolitik? Die normative Grundlage ist sicherlich unmittelbar nachzuvollziehen, etwa was Vielfalt oder Konzentrationsabwehr anbetrifft. Aber wie schon bei früheren Ansätzen (pardon, der Ordo-Liberalismus ist ein derartiges Beispiel) kritisiert, stehen im Mittelpunkt Appelle an den Staat, ordnend aktiv zu werden. Der war aber doch (siehe das Beispiel Österreich) wesentlich daran beteiligt, die zu Recht kritisierten Rahmenverhältnisse von gefährdeter Vielfalt und hoher Konzentration herbeizuführen. Dieser für Ordnungs-Ansätze typische Etatismus ist es, der den Fokus vor allem auf Akteure der Exekutive richtet, einschließlich wissenschaftlicher Politikberatung und regulierender Rundfunkaufsicht.

In der Sprache der Politikwissenschaft, die ja bei Medien'politik' nicht vergessen werden sollte, konzentriert sich der ordnungspolitische Ansatz auf den Output-Bereich, dort, wo administrative „policy“ gemacht wird. Der Input-Bereich der „politics“, getragen von vielen medienpolitisch aktiven Interessenten von ARD bis VPRT, von Wirtschaftsverbänden, Kirchen und Journalistengewerkschaften – von Medienkonzernen ganz zu schweigen – kommt dagegen nur nachrangig vor, ebenso die Parteien und Volksvertretungen mit ihren

Medienaktivitäten oder die Mini-Legislaturen der Rundfunkräte. Sie sind aber unzweifelhaft entscheidende Impulsgeber für Medienpolitik, so wie sie sich in aller Widersprüchlichkeit später darstellt. Akteure in der Medienpolitik sind eben nicht nur (und nicht einmal primär) die Aufsichtsbehörden im Rundfunk, die in diesem Buch einen eigenen Abschnitt erhalten.

Ebenso fällt die Zivilgesellschaft mit ihren Non-Government-Organisationen und dem Anspruch, selbst Medien betreiben zu wollen, trotz allem Governance-Bezugs weitgehend heraus. Sie werden vor allem als Nutzer perzipiert (im Beitrag von Hasebrink), aber im Kontext einer aktiven Demokratie müssen sie auch als handelnde Bürger ihren Ort finden. Dies wäre unter Einbezug von Varianten der Governance-Theorie bestens zu bewerkstelligen. So etablierte Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan eine „Working Group on Internet Governance“ (2003-2005), in der die drei Bänke Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gleichgewichtig besetzt wurden, die sich über die Zukunft der vernetzten Kommunikation Gedanken machen sollten. Nach entsprechenden Modellen ließe sich auch die Verbindung von Theorie und Praxis im politischen Input-Bereich organisieren.

Dieser Sammelband vereint viele Beiträge, die sich bewusst mit ordnungspolitischen Positionen innerhalb der Kommunikationswissenschaft identifizieren, andere widersprechen dieser Sichtweise zumindest nicht. Juristen und Ökonomen sind an der Detailarbeit beteiligt, aktuelle politikwissenschaftliche Sichtweisen – auch wenn Jarren und Donges aus dieser Disziplin kommen – werden weniger beachtet. Ebenso ist die komparative Perspektive im Ansatz stecken geblieben, was z. B. erst die behauptete Nähe von Regulierungstheorie zu Medienpolitik ermöglicht, denn das gäbe so im angloamerikanischen Herkunftsgebiet des *regulation*-Begriffs wenig Sinn (Saxer 22ff.).

Die hier präsentierte ordnungspolitische Herangehensweise – man kann fast von einer Zürcher Schule sprechen – wird in bisher nicht erreichter Klarheit vorgestellt, insofern eignet sich der Titel auch für den Einsatz in der Lehre. Die kritische Dimensionierung müssen dann wohl andere Autoren übernehmen.

Hans J. Kleinsteuber

Klaus Peter Treumann et al.

Medienhandeln Jugendlicher

Mediennutzung und Medienkompetenz

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. – 808 S.

ISBN 978-3-531-15293-6

Wie kaum ein anderes Thema ist „Jugend und Medien“ wissenschaftlich bearbeitet worden und wird es auch derzeit – wie es zuerst die kontinuierlichen Shell-Jugendstudien und die Jugendmedienstudien (JIM) des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest, aber auch viele Einzelstudien des DJF, JFF und des Hans-Bredow-Instituts belegen. Dabei ist sicherlich zu berücksichtigen, dass sowohl der Begriff der Jugend seit seiner Entstehung Anfang des 20. Jahrhunderts als auch und erst recht der der Medien infolge der technologischen Entwicklungen enorme Veränderungen erfahren haben. Aber spätestens seit den Zürcher Jugendstudien Anfang der 80er Jahre sind die sachlich-theoretischen Prämissen einigermaßen geklärt, und die erste umfassende Studie zu „Jugend und Medien“ der ARD/ZDF-Medienkommission und der Bertelsmann-Stiftung von 1986, die sich erstmals erklärtermaßen einem funktionalistischen Forschungsverständnis verschrieb, verdichtete Werthaltungen von Jugendlichen zu typischen Clustern und ordnete ihnen Mediennutzungs- und Mediennormen zu.

Wenn jetzt vornehmlich aus Bielefeld eine neuerliche, über 800 klein gedruckte Seiten starke Studie zum „Medienhandeln Jugendlicher“ (12 bis 20 Jahre) vorgelegt wird, die das Ergebnis eines gut ausgestatteten DFG-Forschungsprojektes an den Universitäten Bielefeld, Rostock und Halle-Wittenberg zwischen 2001 und 2004 ist, dann hätte man wohl angeichts der Forschungslage mindestens zweierlei erwarten dürfen: zunächst eine gründliche und umfassende Aufarbeitung dieses Forschungsstandes, um wichtige sachliche wie theoretische Desiderate zu identifizieren und die Forschung tatsächlich voranzubringen. In diesem Kontext könnten dazu etwa zählen: zum einen die Erfassung der speziellen, Peergroup bezogenen, kontextuellen Mediennutzungsformen von Jugendlichen wie Disco, Kino, LAN-Partys etc., die sich besonders mit den digitalen, interaktiven Medien als Plattformen, Online-Netzwerken und social communities rasant